

Bürgergeld: Mehr digitale Anträge

Jobcenter blickt auf
die ersten drei Monate

Von Milan Bauseneik

Hildesheim. Streiks und Demonstrationen begleiten seit mehreren Wochen das Arbeitsleben im Kreis Hildesheim – die Gewerkschaften Verdi und EVG fordern für Angestellte mehr Lohn und rufen dieselben auf die Straßen, um Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Mehrmals ist dabei von Beschäftigten die Rede, die Bürgergeld beantragen müssten – also trotz ihrer Arbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es seien Beispiele wie diese, die verdeutlichten, dass die Forderungen nach mehr Gehalt gerechtfertigt seien, heißt es auf den Demonstrationen.

Tatsächlich meldeten sich seit Jahresbeginn mehr Menschen beim Jobcenter Hildesheim für das Bürgergeld, sagt Pressesprecher Walter Prigge: „Mit der Einführung der digitalen Antragstellung im November 2022 und dem Bürgergeld im Januar 2023 erreichen uns zahlenmäßig mehr Anträge als im Jahr zuvor.“ 2022 seien es durchschnittlich 346 pro Monat gewesen. Im Januar dieses Jahres gingen 415, im Februar 447 Anträge ein – also fast exakt 100 mehr als im Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Dieser Trend sei auch im März ungebrochen, sagt Prigge, auch wenn die endgültigen Zahlen für den Monat noch ausstehen.

Kundenkreis kaum verändert

Die Gründe für den Anstieg sieht das Jobcenter unter anderem in dem vereinfachten digitalen Antragsverfahren und der Erhöhung der Regelsätze – Alleinstehende erhalten beispielsweise seit Anfang des Jahres 53 Euro mehr als zuvor. Wie viele der Antragsstellerinnen und Antragssteller zu den sogenannten „Ergänzern“ zählen – Beschäftigte, die trotz Arbeit Bürgergeld beziehen –, ist laut Prigge aber nicht bekannt. Für diese Personengruppe gebe es keine eigene Statistik, sagt er. Der Kundenkreis hat sich aber laut der Antragsannahmestelle mit dem Wechsel zum Bürgergeld nicht wesentlich geändert – nach wie vor beantragten Menschen die Hilfe aus Gründen wie einem Jobverlust, der Trennung vom Lebenspartner oder der Geburt eines Kindes.